

Jörg Taping

Fraktionssprecher

Geestemünder Straße 19

0421-3909025

joerg.taping@dielinke-bremen.de

www.dielinke-bremen-nordwest.de/

DIE LINKE. Im Beirat Walle
c/o Jörg Taping, Geestemünder Str. 19, 28219 Bremen

Verteiler
per Mail

Bremen, den 16.02.2015

Die Offene Jugendarbeit auskömmlich finanzieren!

Die Beiräte Findorff, Gröpelingen und Walle mögen beschließen:

1. Die Beiräte Findorff, Gröpelingen und Walle begrüßen, dass das neu gefasste Rahmenkonzept Offene Jugendarbeit (OJA) unter Beteiligung von Akteuren, Fachkräften und Trägern erarbeitet wurde und wichtige fachliche Anregungen aufgenommen hat.
2. Die Beiräte kritisieren, dass keine Bedarfserhebungen im Sinne von sozialräumlichen Analysen vorgesehen sind. Sie fordern deshalb, dass die Stadtgemeinde Bremen ihrer gesetzlichen Verpflichtung gem. § 80 Abs. 1 Ziffer 2 SGB VIII endlich nachkommt.

Begründung:

Der Jugendhilfeträger ist nach § 80 Absatz 1 Ziffer 2 SGB VIII gesetzlich verpflichtet, „den Bedarf unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen und der Personensorgeberechtigten für einen mittelfristigen Zeitraum zu ermitteln“.

3. Die Beiräte fordern die Sozialsenatorin auf, die Stadtteilbudgets bis zur Bedarfserhebung zumindest den Sozialindikatoren entsprechend anzuheben und den Erhalt aller Jugendfreizeitheime langfristig sicherzustellen. Dazu gehören:

- a) Die sofortige Erhöhung der Budgets von Gröpelingen (um 229.000€) und Walle (um 52.000€) wie vorgesehen gemäß der anerkannten Bedarfe lt. Sozialindikatoren als ersten Schritt.
- b) Die zeitnahe Erhöhung des Budgets der offenen Jugendarbeit um mindestens 30%, um die nicht erfolgte Anpassung an die Teuerungsrate der letzten 10 Jahre auszugleichen sowie die Jugendfreizeitheime auskömmlich zu finanzieren. Hierfür ist der Anteil der Förderung der offenen Jugendarbeit am Jugendhilfeetat auf 10% zu erhöhen (aktuell 3,5%). Anzustreben ist eine Mindestausstattung von 2 pädagogischen Fachkräften (2 Vollzeitäquivalente) für kleine Einrichtungen und entsprechend mehr für größere Einrichtungen.

- c) Die Beiräte lehnen eine Umverteilung zu Lasten anderer sozialer Angebote oder sozial benachteiligter Menschen ab!